Medienkommentar

Nigel Farage: EU ist die moderne Umsetzung der Breschnew-Doktrin

**Einer der wenigen Politiker in der Europäischen Union (EU), der keine Scheu hat, die EU-Politik in aller Öffentlichkeit kritisch zu beleuchten, ist Nigel Farage, Vorsitzender der UKIP, der britischen Unabhängigkeitspartei. In seiner Rede vor dem EU-Parlament in Straßburg am 27. Oktober 2015 zeigt er auf, wie wenig die EU zu Demokratie und Volkswillen stehe...**

Einer der wenigen Politiker in der Europäischen Union (EU), der keine Scheu hat, die EU-Politik in aller Öffentlichkeit kritisch zu beleuchten, ist Nigel Farage, Vorsitzender der UKIP, der britischen Unabhängigkeitspartei. In seiner Rede vor dem EU-Parlament in Straßburg am 27. Oktober 2015 zeigt er auf, wie wenig die EU zu Demokratie und Volkswillen stehe. In jeder Krise verliere die nationale Demokratie an Bedeutung, während die EU stetig mehr Autorität ausübe. Klare Beispiele seien Italien und Griechenland, wo 2011 die vom Volk gewählte EU-kritische Führung beiseite gesetzt wurde.

Und jüngster Fall sei Portugal. Die Wähler gaben am 4. Oktober - praktisch ohne von den Medien erwähnt zu werden - den linken Parteien, die gegen die von Brüssel diktierten Sparmaßnahmen sind, eine deutliche Mehrheit. Dennoch weigert sich Präsident Aníbal Cavaco Silva, den linken Partien den Regierungsauftrag zu geben. Silva begründet es damit, dass er EU-Skeptiker nicht an die Macht lasse. Er bestimmte stattdessen eine Minderheitsregierung unter Pedro Passos Coelho, die Regierungsgeschäfte EU-konform zu führen. Für Farage sei dies ein erneuter Tiefpunkt der nationalen Mitbestimmung des Volkes in der EU.

Ein Land innerhalb der EU habe offensichtlich nur dann demokratische Rechte, wenn es sich positiv zum EU-Projekt stelle. Wenn nicht, dann werden ihm diese Rechte weggenommen.

Nigel Farage betonte, dass er und seine Unabhängigkeitspartei aber durch all das nicht überrascht seien. Denn Jean-Claude Juncker, Präsident der EU-Kommission, habe klar verlauten lassen, 'es wird keine demokratische Wahl gegen die europäischen Verträge geben'. Und der deutsche Finanzminister, Wolfgang Schäuble, sagte: 'Wahlen ändern gar nichts. Es gibt Regeln!' Das meint unveränderliche Zielsetzungen und Festlegungen, von denen die autoritäre EU-Führung nicht abweichen werde.

Farage nannte diese Entwicklung die moderne „Implementierung“, das meint die Umsetzung, der Breschnew-Doktrin. Das sei vom Konzept her nämlich genau das, was den Ländern innerhalb der damaligen UdSSR seinerzeit passierte.

Doch was genau beinhaltet diese Breschnew-Doktrin? - Die Breschnew-Doktrin wurde am 12. November 1968 vom sowjetischen Parteichef Leonid Breschnew auf dem 5. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei verkündet. Sie ging von der "beschränkten Souveränität" der sozialistischen Staaten aus und leitete daraus das Recht ab, einzugreifen, wenn in einem dieser Staaten der Sozialismus bedroht würde.

Das Recht zum Eingriff und ebenso die Entscheidung darüber, ob der Sozialismus bedroht sei und somit die aufgestellte Eingriffsvoraussetzung vorliege, sollte allein bei der Sowjetunion liegen. Dabei lautete die Hauptthese: "Die Souveränität der einzelnen Staaten findet ihre Grenze an den Interessen der sozialistischen Gemeinschaft." Im Klartext bedeutete dies die absolute Autorität der sowjetischen Führung zulasten einer völligen Entmündigung und somit Entmachtung der Teilrepubliken. Die Niederschlagung der Aufstände in Ungarn und der Tschechoslowakei wurden mit der Breschnewdoktrin gerechtfertigt.

Nigel Farage beendete seine Rede vor dem EU-Parlament mit seiner Feststellung, dass man angesichts der Missachtung des Volkswillens in Italien, Griechenland und Portugal jetzt in der Breschnew-Doktrin nur das Wort 'Sozialismus' zu streichen habe und durch 'Europäische Union' ersetzen müsse, und der Inhalt der Doktrin passe haargenau auf die EU-Politik. - Soweit die couragierte Rede von Nigel Farage vor dem EU-Parlament in der letzten Woche.

So deprimierend diese Feststellung nun auf der einen Seite aus der Sicht des europäischen Volkes auch sein mag, so hoffnungsvoll stimmt sie doch angesichts der Geschichte der Sowjetunion auf der anderen Seite. Denn nach der völligen Entmündigung und Entmachtung des sowjetischen Volkes reifte dieses mit den Jahren zu einem Volk mit mündiger Selbstverantwortung heran und ließ sich schließlich nicht mehr an der Nase herumführen. Dies war dann auch das Ende des totalitären Sowjetregimes. –

Durch Ihr couragiertes Weitergeben unserer Sendung tragen Sie dazu bei, diesen aktuellen Reifungsprozess im europäischen Volk zu beschleunigen, sodass auch dieses sich nicht länger entmündigen und entmachten lässt, sondern zu Eigenverantwortung und Souveränität zurück findet.

**von hm.**

**Quellen:**

<http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2015/10/eu-ist-die-moderne-umsetzung-der.html>
<http://www.youtube.com/watch?v=QBBwhJx11Bc>

**Das könnte Sie auch interessieren:**

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](https://www.kla.tv/Medienkommentare)

**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz:  Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.